

23.03.2015

## Kleine Anfrage 3251

des Abgeordneten Dr. Günther Bergmann CDU

### Integration fördern – mehr Lehrerinnen und Lehrer für den Kreis Kleve

Das 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen ermöglicht eine finanzielle Förderung für neu zu implementierende Kommunale Integrationszentren (KIZ). Für dessen Einrichtung kann das Land im Zuge der Abordnung bis zu zwei Lehrkräfte bereitstellen. Darüber hinaus werden Personalkostenzuschüsse für maximal zwei zusätzliche Sozialarbeiterstellen, eine Verwaltungsfachkraft und eine halbe Stelle für Assistenz Tätigkeiten gezahlt: der Personalkostenzuschuss beträgt 170.000 Euro für drei Jahre.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsdebatte steht der Kreis Kleve dem KIZ bisher ablehnend gegenüber, da vorhandene Lehrerstellen im Kreisgebiet bis dato nicht mit Pädagoginnen und Pädagogen besetzt werden können. Vielmehr ist derzeit jede 16. Stelle mit sog. „Nichterfüllern“ besetzt. Außerdem kann im Falle einer langfristigen Erkrankung von Lehrkräften nicht mit adäquaten Vertretungen reagiert werden, da de facto keine Vertretungsreserve besteht.

Die Zuweisung von Lehrerstellen durch die Bezirksregierungen an die Schulämter erfolgt u.a. auf Basis des Sozialindex. Dieser berücksichtigt auf der Ebene der Schulamtsbezirke die vier soziodemografischen Merkmale Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Migrantinnenquote und Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern. Der Sozialindex für den Kreis Kleve gehört zu den fünf niedrigsten Werten in NRW. Der Landrat des Kreises Kleve bemüht sich seit Jahren darum, dass die Kriterien für die Bestimmung des Sozialindex einer Prüfung unterzogen werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann wird die Landesregierung eine Prüfung der Kriterien für die Bestimmung des Sozialindex vornehmen?
2. Was plant die Landesregierung, um die IST-Zahl der Lehrkräfte im Kreis Kleve zu verbessern?

Datum des Originals: 20.03.2015/Ausgegeben: 23.03.2015

3. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die vorhandenen Lehrerstellen mit Pädagoginnen und Pädagogen bei Reduzierung der Zahl der „Nichterfüller“ besetzt werden können?
4. Was sind die Pläne der Landesregierung, um Unterrichtsausfall mittels Aufbau einer Vertretungsreserve zu vermeiden?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zur Unterstützung des Ehrenamtes mehr hauptamtliche Fachkräfte begleitend bereit zu stellen?

Dr. Günther Bergmann